

INI4 Für eine menschenwürdige Geflüchtetenpolitik

Antragsteller*in: KV Jena

Tagesordnungspunkt: 7. Antragsberatung und Beschlussfassung

Antragstext

1 Die Migration ist das beherrschende Thema der aktuellen politischen Debatte. Mit
2 Erschrecken sehen wir, dass der Diskurs sich immer weiter nach rechts
3 verschiebt. Wo der Vorschlag von Gewalt gegen Flüchtende an der Grenze vor
4 wenigen Jahren noch ein Tabubruch der AfD war, wird dies heute von führenden
5 CDU-Politikern vorgeschlagen. Uns ist bewusst: Niemand flieht freiwillig. Die
6 Menschen, die die Gefahren einer Flucht auf sich nehmen, verdienen auch mit
7 Blick auf die deutsche Geschichte unseren Schutz und ein rechtsstaatliches
8 Asylverfahren. Diese Unterstützung der Geflüchteten stellt für Land und
9 Kommunen, die sie versorgen, eine erhebliche Herausforderung dar. Wir weisen
10 allerdings die Annahme zurück, dass diese Belastung durch Abschiebungen
11 gemindert werden könnte. Wer mit populistischen Forderungen nach mehr
12 Abschiebungen auf Stimmenfang geht, löst weder die finanziellen noch personellen
13 Probleme der Kommunen. In den letzten Monaten ist es dem zuständigen Ministerium
14 nicht gelungen, für eine menschenwürdige Unterbringung der Geflüchteten in den
15 Erstaufnahmeeinrichtungen zu sorgen. Die Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl ist
16 dauerhaft überbelegt. In Hermsdorf sind wiederholt Krankheiten wie Krätze
17 ausgebrochen. Diese Zustände müssen schnellstmöglich verbessert werden.
18 Mittelfristig wird die Einrichtung in Hermsdorf geschlossen. Wir begrüßen die
19 Initiative des neuen Migrationsministers, neue Kapazitäten in besser geeigneten
20 Gebäuden, wie zum Beispiel in Gera zu schaffen. Die erfolgreiche Unterbringung
21 von Geflüchteten kann nur in Zusammenarbeit von Land und Kommunen gelingen. Das
22 reflexhafte Abwehrverhalten mit Blick auf neue Erstaufnahmeeinrichtung einiger
23 kommunalpolitischer Verantwortlicher führt zur weiteren Stigmatisierung von
24 Geflüchteten. Wir wollen die Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben
25 unterstützen. Das heißt für uns, dass wir die erforderlichen Mittel in
26 ausreichender Höhe sowohl für die Unterbringung geflüchteter Menschen als auch
27 für sogenannte Rechtskreiswechsler nach dem SGB II und SGB XII in den Haushalt
28 2024 einstellen werden. Insbesondere sollen dabei die finanziellen Hilfen des
29 Bundes (Beschluss MPK) an die Kommunen weitergegeben werden. Wir wissen um die
30 gigantische Verantwortung der Kommunen bei der Integration von Geflüchteten. Von
31 der Bereitstellung von Kitaplätzen über Wohnraum bis zur Schaffung von
32 Schulkapazitäten leisten die Verantwortlichen einen wertvollen Beitrag. Dieser
33 wichtigen Aufgabe muss das Land Rechnung tragen. Für ein echtes Ankommen in der
34 Thüringer Gesellschaft ist die Integration in den Arbeitsmarkt alternativlos.
35

36 Hierfür müssen die Arbeitsverbote für alle Geflüchteten aufgehoben werden. Das
37 verlangt von Geflüchteten auch Eigenengagement. Es bedarf allerdings mindestens
38 vergleichbaren Anstrengung der Thüringer Gesellschaft zur Schaffung einer
39 Willkommenskultur. Insbesondere die Thüringer Wirtschaft muss sich öffentlich
40 stärker zur Notwendigkeit einer Integration in den Arbeitsmarkt bekennen. So
41 können wir Thüringen als attraktiven Lebensmittelpunkt und Arbeitsstandort
42 weiter etablieren. Wir Sozialdemokrat:innen treten einer populistischen Debatte
43 mit Sachargumenten und klarer Haltung entgegen. Wir werden das Asylrecht nicht
den Rassist:innen preisgeben.